

Pulsnitzer Tageblatt

Druck- und Verlagsanstalt Pulsnitzer Tageblatt
Postfach-Konto Dresden 2133. Str.-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Masse 5 Zeilenmessen 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Ausschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großnaundorf, Breditz, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Dorn- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Pfaffenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Joh. F. W. Meyer)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 223

Freitag, den 23. September 1927

79. Jahrgang

Das Wichtigste

Bei Rom fuhr gestern früh ein Güterzug in einen Personenzug.
50 Personen wurden verletzt, darunter fünf schwer.
Im Haushaltungsausschuß des Reichstages wurden die Vorschläge auf die
Beamtensbesoldung festgelegt
Der Deutschnationale Parteitag in Königsberg wurde am Donnerstag
geschlossen.
Die Lotterieschulden der Provinz sind vor Gericht.
Bei Blankenburg (Thüringen) stürzte ein Verkehrsflugzeug ab
Die Zahl der an Paratyphus Erkrankten in Ostpreußen hat sich auf
160 erhöht. Eine Frau ist an den Folgen des Typhus bereits
gestorben, während ein großer Teil der Erkrankten sich auf dem
Wege der Besserung befindet.
Wie die Berliner Morgenblätter aus Schanghai berichten, haben infolge
eines Zwischenfalles in der japanischen Konfession in Pantau die
Japaner 200 Matrosen gefangen und den Befehl erteilt, sie nach
Schanghai unterwegs zu bringen, zurückzuführen.
In dem holländischen Ort Vlerik ist eine sehr arme Familie, bestehend
aus Eltern und sieben Kindern, verstarbt worden, weil sie mit sehr
primitiven Mitteln holländische Gulden und kleinere holländische
Geldstücke gefälscht hatten.

Diplomatenkünste statt Abrüstung.

Die achte Völkerbunderversammlung ist immer noch in
Genf am Werk. Nachdem über die bisherige Ergebnislosig-
keit der Verhandlungen die Spanen das Nötige von den
Dächern gepfeifen haben, hat man sich jetzt bemüht, wenig-
stens einen Erfolg buchen zu können. Man hat eine Formel
über Weg und Ziel der Abrüstungspolitik gefunden,
die allerdings reichlich verziert gehalten ist, so daß man un-
willkürlich an das lieblose Urteil des alten Wälscher über die
Künste der Federfuchser erinnert wird. Man kann ungefähr
abnehmen, was für diplomatische Künste nötig waren, um eine
Entscheidung, eine Resolution zu formulieren, die einigerm-
maßen wenigstens die Meinungen des deutschen und des
französischen Abgesandten, des Grafen Bernstorff und des
Herrn Paul-Boncour, vereint.

Man wird das Verdienst des Grafen Bernstorff immerhin
das eine anerkennen können, daß er den Abgesandten in
Genf einige Erörterungen machte, die besonders den Fran-
zosen nicht gerade lieblich in die Ohren geklungen sein wer-
den. Nicht witzlos schloß Graf Bernstorff seine Ausführungen
damit, daß er zwei der den Deutschen angebotenen Maximen
zurückweisen müsse, nämlich das Warten und das Hoffen.
Unannehmbar sei für Deutschland nur der dritte Leitspruch,
nämlich Handeln, — gewiß eine verständliche Meinung
nach jahrelangen Vertrübungen.

Nun haben zur Abrüstungsfrage die Mitglieder des in
Genf zusammengetretenen Völkerbundesausschusses eine
Entscheidung gefaßt, die von allen Ausschussmitgliedern an-
genommen wurde, der Deutschland, Frankreich und Groß-
britannien zustimmen, die zweifellos auch die Zustimmung
der Genfer Vollversammlung und des Völkerbundes finden
wird. Die Fassung dieser Resolution ist außerordentlich
gewunden und zeigt, daß man alle diplomatischen Künste hat
spritzen lassen. Folgendes wurde vorgeschla-
gen: Der schon bisher in Tätigkeit befindlichen vor-
bereitenden Abrüstungskommission soll der
Völkerbund neue Instruktionen erteilen, die auf Ein-
berufung eines neuen Komitees hinauslaufen, das aus
allen in der vorbereitenden Kommission vertretenen
Völkerbundstaaten bestehen und zur Aufgabe haben
soll, das Studium der Maßregeln zu verfolgen,
die geeignet sind, allen Staaten die nötigen Garan-
tien des Schiedsgerichts und der Sicherheit zu geben, damit
sie das Niveau ihrer Rüstungen in einem internationalen
Rüstungsabkommen auf die möglichst niedrigen Ziffern fest-
setzen können.

Fürwahr, ein Meisterwerk der Diplomatenpraxis und
Diplomatenart. Man beachte: vorbereitende Kommission —
Komitee — Studium der „Maßregeln“. Diese Formulie-
rung — die im übrigen mit den erforderlichen Garantien des
Schiedsgerichts und der Sicherheit dem französischen Stand-
punkt ausbrüchlich gerecht wird — könnte das Fortschreiten
der Sache selbst erfolgreich auf die lange Bank schieben, wenn
nicht auch in die vom Ausschuss angenommene Entscheidung
der deutsche Antrag aufgenommen worden wäre, daß zunächst
die begonnenen Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz
zu beschleunigen sind und daß bei diesen Vor-
arbeiten die Arbeiten in der Sicherheitsfrage nicht mit der
eigentlichen Abrüstungsfrage verquitt, sondern einem dafür
besonders zu bildenden Komitee zugewiesen werden. —
Man hofft, daß der Vorbereitungsausschuß für die Ab-
rüstungskonferenz bereits im November seine Arbeiten wird
aufnehmen können.

Wird sich die Erwartung verwirklichen, daß die Staaten
beim Austrag von Konflikten nicht so sehr der eigenen
Rüstung vertrauen, sondern daß die schlichtende Wirksamkeit

Abjluß des deutschnationalen Parteitages

Der polnische Schulterror in Ostoberschlesien

Dr. Köhler über die Besoldungsvorlage — Die sächsische Industrie zum Handelsvertrag mit Frankreich — Die Lage in China

Königsberg. Bei der Aussprache über die Referate
erklärte Reichsinnenminister v. Reudell zur Flaggenfrage,
Reichswehrminister Dr. Geßler habe ihm in eingehenden Be-
sprechungen mitgeteilt, daß er die Absicht gehabt habe,
den Flaggenerlaß für die Reichswehr im Kabinett zur
Sprache zu bringen und beraten zu lassen. Unsere po-
litischen Gegner aber haben durch Indiskretion erreicht, den
Erlaß vorher in die Öffentlichkeit zu bringen. Dadurch
wurde verhindert, daß der Reichswehrminister den Flaggen-
erlaß dem Kabinett vorlegen konnte, und erreicht, daß ins-
besondere auch die deutschnationalen Mitglieder des Reichs-
kabinetts nicht vor der Veröffentlichung zu den Anordnun-
gen des Reichswehrministers Stellung nehmen konnten.

Staatsminister a. D. Wallraf überbrachte einen Gruß
aus dem Westen. Noch immer, so betonte er, seien wesent-
liche Erleichterungen in der Rheinlandbesetzung nicht ein-
getreten. Wir haben in Genf ein vor aller Öffentlichkeit und
in aller Deutlichkeit erwartetes Wort vernimmt von der all-
gemeinen schweren Enttäuschung, die in Deutschland über diese
Entwicklung der Dinge herrscht. Unter voller Aufrechterhal-
tung unseres ersten Verständigungswillens scheinen mir für die
Außenpolitik besonders geboten: die aktive und zähe Be-
kämpfung der Kriegsschuldfrage, die Forderung auf Abrüstung
der anderen, und schließlich müssen wir verlangen, daß uns
endlich die Schlußsumme unserer Entschädigung bekanntge-
geben wird. Die neueste Methode der Linken und vor allem
auch amtklicher Stellen, durch behördlichen oder wirtschaftlichen
Druck die schwarzweißroten Farben zu ächten, zwingt zu
scharfem Widerstand.

Zu dem Thema „Preußen und der Osten“ führte
der Bevollmächtigte Ostpreußens im Reichsrat und Vorstehen-
der der Arbeitsgemeinschaft im Preussischen Staatsrat, Frei-
her v. Gahl, u. a. aus: „Ostpreußen verlange mit Recht,
daß die deutsche Politik endlich mehr als bisher ihre Auf-
merksamkeit nach Osten wende. Der Redner wies auf die
wirtschaftliche und kulturelle Not Ostpreußens hin und er-
klärte, in dem Gegensatz zwischen Reich und Preußen liege
eine der schwersten Hemmnisse planmäßiger Arbeit für die
Führung und Erhaltung des preussischen Ostens. Dieser
Gegensatz müsse, je früher, desto besser, beseitigt werden. Das
könne nur durch eine Revision der Reichsverfassung erreicht
werden.

Die Verhandlungen am Donnerstag wurden mit der
Verlesung eines Danktelegramms des Reichspräsidenten auf
das Guldigungsstelegramm durch den Parteivorstehenden, Graf
Westarp, eingeleitet. Graf Westarp fügte der Verlesung hin-
zu, daß Gruß und Gegengruß der Partei die Verpflichtung
auferlegte, alles zu tun, um das deutsche Volk von
der Schmach der Schuldfrage zu befreien und,
dem Vorbilde des Generalfeldmarschalls folgend, unbedingte
Sühne im Dienste des Staates zu üben. Darauf wurden
die sachlichen Beratungen fortgesetzt. Gewerkschaftssekretär
Duden-Duisburg sprach über „deutschnationale Sozial-
politik“. Zur Erringung der Freiheit für die gesunde Fort-
entwicklung des deutschen Arbeiterstandes sei die Befreiung
des gesamten deutschen Volkes aus fremdländischer Knecht-
schaft erforderlich. Die Deutschnationale Volkspartei regiere
nicht ohne oder gegen die Arbeiter, sondern mit der Arbeiter-
schaft.

Reichstagsabgeordneter Oberfohren ging auf die
praktischen Fragen der Steuern des selbständigen Mittel-
standes ein. Seine Kritik gipfelte in dem Satz: Die öffent-
lichen Verwaltungen sollen nicht wirtschaften, sondern ver-
walten. Er wies nach, wie schon dadurch, daß bei allen Ar-
beiten der öffentlichen Hand die Spesen der Steuer fortfielen,
eine solche Bevorzugung vorhanden sei, daß niemand kon-
kurrenzfähig bleibe. Unter beauftragtem Beifall der Versamm-
lung rief er aus: Wenn der deutsche Mittelstand dieses Vor-
recht der Steuerlosigkeit wie der Fiskus hat, wird er mit
jedem konkurrieren können, selbst im Schlaf.

Der Vorsitzende des Landbundes, Graf Kalckreuth,
stellte fest, daß er dem bisherigen Ergebnis des Reichspartei-
tages zustimme. Hart, ohne jede Ausschmückung, stellte er
die einzelnen Punkte zusammen: 1. Die Grenzziehung im
Osten ist geschichtlich und politisch unsinnig und wirtschaftlich
unmöglich. 2. Von geborgtem Gelde kann auf die Dauer
weder der Staat noch der einzelne leben. 3. Die größte
wirtschaftliche und sittliche Kraft Deutschlands
ruht in der deutschen Adelskaste. Sie muß im
Sinne des Vaterlandes verwaltet werden.

Der polnische Schulterror

in Ostoberschlesien.

Die deutschen Prüflinge bestanden die Sprach-
prüfung meistens nicht.

Kattowitz. Die polnische Presse berichtet über das Er-
gebnis der Schulprüfungen durch den Schweizer Schulfach-
mann Maurer in den Kreisen Rybnitz und Pleß. Da-
nach sollen die Prüfungen für die deutsche Kinder-
heitehrung unglücklich ausgefallen sein. In vielen Orten
soll nicht ein Kind die Prüfung bestanden haben, so daß alle
Kinder der polnischen Schule zugeführt wür-
den. In Ober-Wildja hätten nur zwei von 23 Prü-
flingen die Sprachprüfung bestanden.

Eine Nachprüfung der Richtigkeit dieser Meldung der
polnischen Presse ist vorläufig nicht möglich.

Ungleich 51 Eltern in Koschentin, Kreis Lublitz,
ihre Kinder für die deutsche Winderheitschule angemeldet
hatten, bleibt diese noch immer geschlossen. Der Schulstreik
dauert nun schon fast einen Monat. Da die Eltern sich
weigern, ihre Kinder nach der polnischen Schule zu schicken,
gingen in den letzten Tagen mehrere Polizeibeamte von Haus
zu Haus, um die Eltern zur ihrer Weigerung abzurufen.
Teilweise wurde sogar gedroht, die Kinder mit Ketten
gejesselt unter Polizeibegleitung in die Schule zu bringen.
Hierbei fielen auch Drohungen, daß man die Kinder in eine
Zwangserziehungsanstalt bringen und die Eltern aus dem
polnischen Staatsgebiet ausweisen werde.

Dr. Köhler über die Besoldungsvorlage.

Die Vorschläge des Ministers angenommen.
Berlin. Zu Beginn der Beratungen des Haushalts-
ausschusses des Reichstages am 22. September ergriff
Reichsfinanzminister Dr. Köhler das Wort zu
folgenden Ausführungen:

Der Reichstag habe im Juli d. J. beschlossen, daß, wenn
die Vorlage der Neuordnung der Beamtenbesoldung vor dem
1. Oktober d. J. nicht mehr verabschiedet werden könne, der
Haushaltsausschuß über eine Ermächtigung zu Ab-
schlagszahlungen zum 1. Oktober d. J. Beschluß
fassen werde. Inzwischen sei die Vorlage mit den Ländern
verhandelt worden. Er hoffe, spätestens am Montag die
Vorlage dem Reichsrat übermitteln zu können. Sie sei in
grundsätzlichem Einvernehmen mit Preußen
fertiggestellt worden. Die in der Öffentlichkeit aufgestellte
Behauptung, er, der Minister, habe sich mit der Ab-
saffung der Kinderzulage beschäftigt, sei eine
Unwahrheit. In der Öffentlichkeit scheine die Tatsache ver-
schwunden zu sein, daß die Beamten drei Jahre lang mit
ihren Bezügen auf der Stelle treten mußten, während um
sie herum Preis- und Lohnerhöhungen stattfanden. Es sei
ihm gelungen, sein Versprechen einzulösen, die Beamten-
besoldungserhöhung ohne eine Erhöhung der
Reichsteuer durchzuführen. Bei der Ausgestaltung der
Vorlage habe er nicht bloß auf die Reichsfinanzen Rücksicht
genommen, sondern vor allem auch auf die Länder und
Gemeinden. Dem Verlangen nach einer Abänderung
des Finanzausgleiches könne aber nicht entsprochen werden.
Er hoffe, daß die Ueberweisungen höhere Be-
träge ergeben würden, als man angenommen habe.

Eine Erhöhung der Realsteuern in Ländern und Gemeinden

aus Anlaß der Uebernahme der Reichsbesoldungsordnung
auf Länder und Gemeinden würde außerordentlich un-
erwünschte Rückwirkungen ergeben.

Was die Besoldungsordnung selbst angehe, so bestehe
die Hauptänderung darin, daß das System der
Schlüsselung abgeschafft und dafür die automati-
sche Aufrückung in die Anfangs- wie in die Auf-
rückungsstufe getreten sei. Das System der Verzahnung sei
grundsätzlich beibehalten worden. Die Frauenzulage
sei in die Grundgehälter hineingearbeitet worden. Da keine
Veranlassung vorliege, den Ledigen auch diese Frauenzulage
zu gewähren, sei versucht worden, sie von den unverheirateten
Beamten an anderer Stelle wieder hereinzubekommen.

Das System der Kinderzulage sei beibehalten,
aber vereinfacht. Sie betrage allgemein 20 Mark monatlich.
Ferngelegen habe der Regierung, wie in den Zeitungen be-
hauptet worden sei, etwa für die Offiziere besondere
Vorteile herauszuholen. Ich bitte Sie, so erklärte der Mi-

